19. Juni 2026

Sommersession 2026: National- und Ständerat stärken Gesamtarbeitsverträge

Hier finden Sie den Rückblick auf die aktuelle Session des National- und Ständerates aus Sicht des Schweizerischen Baumeisterverbandes mit den für die Bauhauptunternehmen wichtigsten Traktanden.

Nationalrat

Nr.	Titel	Entscheid Rat	Haltung SBV zum Entscheid
24.4026	Ausbildungsdarlehen und Stipendien für Erwachsene im sekundären Bildungsbereich (Motion)	Annahme	
25.4179	Unabhängigere Regulierungskostenschätzung (Motion)	Annahme	
24.096	Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen) (Geschäft des Bundesrates)	Annahme	
24.073	Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente (Geschäft des Bundesrates)	Abweichung	
25.068	«Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Volksinitiative und indirekter Gegenentwurf (Geschäft des Bundesrates)	Annahme	
25.3424	Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen (Motion)	Annahme	
25.3972	Baueinsprachen. Schutzwürdige Interessen klar definieren (Motion)	Annahme	
25.3973	Missbräuchliche Baueinsprachen sanktionieren (Motion)	Annahme	
20.492	Vision und Strategie zu Grundlagen der Raum- und Infrastrukturentwicklung. Dem Parlament verbindlich vorlegen! (Parlamentarische Initiative)	Abschreibung	

Ständerat

Nr.	Titel	Entscheid Rat	Haltung SBV zum Entscheid
25.077	Bundesbeschluss über einen Zahlungsrahmen für die Jahre 2030-2034 zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus (Geschäft des Bundesrates)	Annahme	
25.049	Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG). Bundesgesetz (Geschäft des Bundesrates)	Nichteintreten	
25.3956	Anpassung der Schwerverkehrsabgabeverordnung (Motion)	Ablehnung	
26.3359	Gezielte und griffige Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit (Motion)	An Kommission	
24.073	Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente (Geschäft des Bundesrates)	Änderung	
25.3429	Temporärbranche nicht weiter von der Schlechtwetterentschädigung ausschliessen (Motion)	Änderung	
24.096	Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen) (Geschäft des Bundesrates)	Annahme	
25.068	«Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Volksinitiative und indirekter Gegenentwurf (Geschäft des Bundesrates)	Annahme	
26.3234	Eine Lohnprozentbremse für die Schweiz (Motion)	An Kommission	

Nationalrat

24.4026 Ausbildungsdarlehen und Stipendien für Erwachsene im sekundären Bildungsbereich (Motion)

Der Nationalrat hat das Geschäft als Erstrat angenommen. Der SBV ist froh darüber, denn Erwachsene erhalten mehr finanzielle Möglichkeiten qua Stipendien und Darlehen, um sich im sekundären Bildungsbereich weiterzubilden. Als nächstes ist der Ständerat am Zug. Der SBV wäre dankbar, wenn der Zweitrat den Motionstext leicht ändern könnte: Die Kantone regeln ihre Unterstützung sehr unterschiedlich, je nach Region bestehen Lücken. Der Bund sollte unseres Erachtens keine Gelder sprechen, sondern für eine einheitliche Regulierung ohne Lücken sorgen.

25.4179 Unabhängigere Regulierungskostenschätzung (Motion)

Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat die Motion angenommen. Künftig soll nicht mehr die für eine neue Regulierung zuständige Behörde deren Kosten selbst abschätzen, sondern das Seco. Dadurch wird ein möglicher Interessenkonflikt vermieden und die Unabhängigkeit der Kostenschätzung wird gestärkt, ohne dass zusätzliche Kosten entstehen. Da das Seco den übrigen Behörden bereits die methodischen Grundlagen zur Verfügung stellt, verfügt es auch über die nötige Fachkompetenz, um die Regulierungskosten verlässlich zu beurteilen.

24.096 Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen) (Geschäft des Bundesrates)

National- und Ständerat haben in der Schlussabstimmung beschlossen, den Vorrang von Mindestlöhnen in Branchen mit einem allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag (ave GAV) gegenüber kantonalen Mindestlöhnen gesetzlich zu verankern. Damit wird der Übersteuerung von Gesamtarbeitsverträgen durch kantonale Gesetze Einhalt geboten und die bewährte Sozialpartnerschaft gestärkt.

24.073 Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente (Geschäft des Bundesrates)

Das Parlament hat beschlossen, die Lohnabgaben nicht zu erhöhen. Der SBV begrüsst diese Entscheidung sehr. Die Lohnnebenkosten sind im Bauhauptgewerbe bereits sehr hoch. Weitere Kostensteigerungen verteuern den Faktor Arbeit und reduzieren die Bautätigkeit. Im Zweifel ist es besser, dass nicht nur Beschäftigte die höheren Rentenausgaben stemmen sollen, sondern auch Pensionierte, indem die Mehrwertsteuer angehoben wird. Der SBV hält jedoch eine zeitliche Befristung der Erhöhung für angemessen. Sie wurde ausserdem zu früh beschlossen, diese Massnahme hätte im Rahmen der nächsten AHV-Reform. die sich derzeit in der Vernehmlassung befindet, diskutiert werden sollen. Der SBV setzt sich für strukturelle Massnahmen zur Stabilisierung der AHV ein.

25.068 «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Volksinitiative und indirekter Gegenentwurf (Geschäft des Bundesrates)

Ständerat und der Nationalrat haben der Aufhebung des Atomkraftwerke-Neubauverbots zugestimmt. Damit haben sie den Gegenvorschlag des Bundesrats angenommen und die Initiative abgelehnt. Der Gegenvorschlag unterliegt dem fakultativen Referendum. Die UREK-S hat das UVEK beauftragt, einen Bericht zur Finanzierung möglicher zukünftiger Kernkraftwerke bis Ende 2026 zu erarbeiten.

Der SBV unterstützt eine Politik zur Stärkung der langfristigen Stromversorgungssicherheit. Die Sicherstellung einer CO2-neutralen Versorgung mit einheimischem Strom garantiert der gesamten Wirtschaft, insbesondere der Industrie und Baubranche, Sicherheit, bezahlbare Preise und Wettbewerbsfähigkeit. Der SBV erachtet es als zweckmässiger, das Neubauverbot für Atomkraftwerke über eine Revision des Kernenergiegesetzes mit dem Gegenvorschlag aufzuheben statt über eine Verfassungsänderung, wie es die Initiative verlangt.

25.3424 Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen (Motion)

Mit der Zustimmung des Nationalrats steht fest, dass die Motion in ihrer ursprünglichen Fassung umgesetzt werden kann. Angesichts des Fachkräftemangels ist es entscheidend, die Weiterarbeit über das ordentliche Rentenalter hinaus finanziell attraktiver zu gestalten.

25.3972 Baueinsprachen. Schutzwürdige Interessen klar definieren (Motion)

Der Bundesrat erhält vom Parlament den Auftrag, schutzwürdige Interessen, die von Betroffenen bei Bau- und Planungsprojekten geltend gemacht werden können, genau festzulegen. Zudem soll nur noch einspracheberechtigt sein, wer durch ein Vorhaben direkt und besonders betroffen ist. Damit werden zwei wichtige Anliegen des SBV zur Beschleunigung der Baubewilligungsverfahren und damit für mehr Wohnungsbau in der Schweiz umgesetzt. Dabei soll ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der legitimen Mitwirkung der Bevölkerung und der notwendigen Rechtssicherheit im Bau- und Planungswesen geschaffen werden.

25.3973 Missbräuchliche Baueinsprachen sanktionieren (Motion)

Auch diese Vorlage hat der Nationalrat als Zweitrat bestätigt. Der Bundesrat muss nun eine gesetzliche Grundlage schaffen, um missbräuchliche Einsprachen zu sanktionieren. Dabei stehen die Übernahme der Verfahrenskosten und mögliche Schadenersatzansprüche im Zentrum. Ein weiterer wichtiger Schritt gegen missbräuchliche Einsprachen und für den dringend benötigten Wohnungsbau.

20.492 Vision und Strategie zu Grundlagen der Raum- und Infrastrukturentwicklung. Dem Parlament verbindlich vorlegen! (Parlamentarische Initiative)

Der Nationalrat hat die Vorlage abgeschrieben, nachdem das Anliegen des Verfassers in der per 1. Januar 2026 in Kraft getretenen Raumplanungsverordnung (RPV) umgesetzt wurde. Mit der Anpassung der Verordnung konnte sich das Parlament ein Mitspracherecht bei neuen Sachplänen

sichern. Der Bundesrat muss inskünftig die zuständige Kommission bei der Erarbeitung von neuen Visionen und Strategien zu Grundlagen der Raum- und Infrastrukturentwicklung anhören.

Ständerat

25.077 Bundesbeschluss über einen Zahlungsrahmen für die Jahre 2030-2034 zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus (Geschäft des Bundesrates)

Auch der Ständerat hat dem Zahlungsrahmen zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugestimmt. Damit gewährt der Fonds auch für die Jahre 2030 bis 2034 Darlehen für Neubauten, Erneuerungen und den Kauf von Liegenschaften.

25.049 Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG). Bundesgesetz (Geschäft des Bundesrates)

Der Ständerat ist nicht auf die Vorlage eingetreten, womit das Geschäft zurück an den Nationalrat geht. Der SBV unterstützt den Aufbau einer nationalen Mobilitätsdateninfrastruktur grundsätzlich, kann die im Ständerat eingebrachten finanziellen Bedenken angesichts der angespannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen jedoch nachvollziehen.

25.3956 Anpassung der Schwerverkehrsabgabeverordnung (Motion)

Nach Ablehnung der Motion im Ständerat steht eine Erhöhung der LSVA per 1. Januar 2027 nicht länger zur Diskussion. Damit kann sich die Politik nun auf eine sorgfältig abgestimmte, planbare Weiterentwicklung der LSVA fokussieren.

26.3359 Gezielte und griffige Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit (Motion)

Der Ständerat hat die Motion an seine Kommission zur Beratung überwiesen. Der SBV ist mit diesem Schritt einverstanden. Die Kantone und Gemeinden leisten den entscheidenden Beitrag bei dieser Motion, welche die Innenentwicklung vorantreibt und als höchste Priorität verankert. Die Diskussion bietet zudem Raum, weitere Lösungen, schnellere Verfahren und den Abbau regulatorischer Hürden einzubringen.

24.073 Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente (Geschäft des Bundesrates)

Das Parlament hat beschlossen, die Lohnabgaben nicht zu erhöhen. Der SBV begrüsst diese Entscheidung sehr. Die Lohnnebenkosten sind im Bauhauptgewerbe bereits sehr hoch. Weitere Kostensteigerungen verteuern den Faktor Arbeit und reduzieren die Bautätigkeit. Im Zweifel ist es besser, dass nicht nur Beschäftigte die höheren Rentenausgaben stemmen sollen, sondern auch Pensionierte, indem die Mehrwertsteuer angehoben wird. Der SBV hält jedoch eine zeitliche Befristung der Erhöhung für angemessen. Sie wurde ausserdem zu früh beschlossen, diese Massnahme hätte im

Rahmen der nächsten AHV-Reform. die sich derzeit in der Vernehmlassung befindet, diskutiert werden sollen. Der SBV setzt sich für strukturelle Massnahmen zur Stabilisierung der AHV ein.

25.3429 Temporärbranche nicht weiter von der Schlechtwetterentschädigung ausschliessen (Motion)

Der SBV begrüsst die massgebliche Textänderung des Ständerats. Demnach sollen nur Arbeitnehmende bezugsberechtigt sein, «die mindestens seit sechs Monaten in einem durchgehenden Arbeitsverhältnis in der Temporärbranche beschäftigt sind». Da diese Einschränkung das Missbrauchsrisiko reduziert, sollte der Nationalrat in diesem Punkt dem Ständerat folgen.

24.096 Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen) (Geschäft des Bundesrates)

National- und Ständerat haben in der Schlussabstimmung beschlossen, den Vorrang von Mindestlöhnen in Branchen mit einem allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag (ave GAV) gegenüber kantonalen Mindestlöhnen gesetzlich zu verankern. Damit wird der Übersteuerung von Gesamtarbeitsverträgen durch kantonale Gesetze Einhalt geboten und die bewährte Sozialpartnerschaft gestärkt.

25.068 «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Volksinitiative und indirekter Gegenentwurf (Geschäft des Bundesrates)

Ständerat und der Nationalrat haben der Aufhebung des Atomkraftwerke-Neubauverbots zugestimmt. Damit haben sie den Gegenvorschlag des Bundesrats angenommen und die Initiative abgelehnt. Der Gegenvorschlag unterliegt dem fakultativen Referendum. Die UREK-S hat das UVEK beauftragt, einen Bericht zur Finanzierung möglicher zukünftiger Kernkraftwerke bis Ende 2026 zu erarbeiten.

Der SBV unterstützt eine Politik zur Stärkung der langfristigen Stromversorgungssicherheit. Die Sicherstellung einer CO2-neutralen Versorgung mit einheimischem Strom garantiert der gesamten Wirtschaft, insbesondere der Industrie und Baubranche, Sicherheit, bezahlbare Preise und Wettbewerbsfähigkeit. Der SBV erachtet es als zweckmässiger, das Neubauverbot für Atomkraftwerke über eine Revision des Kernenergiegesetzes mit dem Gegenvorschlag aufzuheben statt über eine Verfassungsänderung, wie es die Initiative verlangt.

26.3234 Eine Lohnprozentbremse für die Schweiz (Motion)

Der SBV empfiehlt den Vorstoss zur Annahme. Der Ständerat hat die Motion an seine Kommission zur ausführlichen Debatte überwiesen. Der SBV ist mit ihrer Idee einverstanden, eine Obergrenze für Lohnabzüge in der Verfassung zu verankern. Mit den anstehenden politischen Geschäften und Volksinitiativen drohen die Lohnabgaben um einige Prozentpunkte zu steigen. Eine Begrenzung in der Verfassung muss vor zu hohen Kosten schützen. Damit setzt sich das Parlament einen starken Anreiz, bei Reformen der Sozialwerke insbesondere auf Anreize und die Leistungsseite anzusetzen.

Ihre Ansprechpersonen beim SBV

Leiter Politik und Kommunikation
Lukas Oesch
Tel. 058 360 76 30
lukas.oesch@baumeister.ch

Klima, Energie und Umwelt
Louis Ducret
Tel. 058 360 77 01
louis.ducret@entrepreneur.ch

Arbeitsrecht und Sozialversicherungen / Infrastruktur und Mobilität
Matthias Engel
Tel. 058 360 76 35
matthias.engel@baumeister.ch

Raumplanung und Wohnungsbau
Romana Heuberger
Tel. 058 360 76 36
romana.heuberger@baumeister.ch

Wirtschaft und Finanzen
Martin Maniera
Tel. 058 360 76 40
martin.maniera@baumeister.ch

Schweizerischer Baumeisterverband
Weinbergstrasse 49 / Postfach
8042 Zürich